

# Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.  
Abonnementspreis durch die Post exkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk.  
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:  
Leipzig  
Seiger Straße 32, IV., Volkshaus  
Telephonruf 7505.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die einpaltige  
Petitzelle oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen  
vorherige Einlegung des Betrages aufgenommen.  
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 40.

Sonnabend, den 4. Oktober 1913.

17. Jahrgang.

## Inhalt.

**Hauptblatt: Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.** — Fragen der Arbeitslosenfürsorge. II. — Christliche Gewerkschaftskorruption. — Wirtschaftliche Rundschau. — Wo werden die höchsten Gewerkschaftsbeträge bezahlt? — Organisiert eure Kaufkraft! — August Bebel als Sozialpolitiker. III. — Korrespondenzen. — Bekanntmachungen des Zentralvorstandes. — Arbeiter, beteiligt Euch an den Krankenlebenswahlen! — Rundschau. — Dichtung. — Allgemeine Bekanntmachungen. — Adressen-Änderungen. — Versammlungs-Kalender. — Briefkasten. — Anzeigen.  
Beilage: Massen und Führer im Gewerkschaftsleben. I. — Die Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen im Jahre 1912. I. — Selbe Verbrecher. — Ein ernstes Wort an die Arbeiterkern. — Feuilliton: Kasernenleben. — Die Breslauer Domturme.

## Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

(Siehe alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist wöchentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende Nummer die Bekanntmachung weg.)

**Gesperzt sind:** Rütten: Firma Reuter. — Minden: Firma Bärries. — Kleinrinderfeld: Firma Niggel & Hesse. — Walsdorf: Max Johann Ernst. — Derlingshausen (Wippe): Max Reuter.

**Zwingenberg.** Bei der Firma Rütth & Reinmuth stehen die Pfastersteinarbeiter im Streik, weil sie in einem wieder eröffneten Steinbruch billiger arbeiten sollen, als wie tariflich vereinbart ist.

**Rütten.** Der Streik ist beendet; es fanden sich Arbeitswillige.

**Oesterreich-Ungarn.** Gesperzt sind: Heinrichsgrün, Eger, Brül, Lemberg, Wien, Krems, Gilt, Pucirce, Linz, Südt, Kratau.

## Fragen der Arbeitslosenfürsorge.

### Die Frage der Arbeitslosenversicherung

nahm einen verhältnismäßig geringen Raum ein und zwar darum, weil, wie der Generalberichterstatter ausführte, die Erfahrungen, die aus den einzelnen Ländern mitgeteilt worden seien, noch keine sichere Grundlage bilden für positive Vorschläge, wie die Arbeitslosenversicherung am besten zu organisieren sei. Soviel könne jedoch schon gesagt werden, daß die Arbeitslosenversicherung eine öffentlich-rechtliche sein müsse und daß sie nicht ohne Mitwirkung der Arbeiterverbände geschaffen werden könne. Eine der Hauptvorbedingungen für die Arbeitslosenversicherung sei die großartige lückenlose Organisation des Arbeitsnachweises. Als Reklamer seiner Studien schlug er folgendes zur Annahme vor:

I. Aus den Feststellungen, welche die Berichterstatter auf Grund der in Großbritannien und anderswo gemachten Erfahrungen getroffen haben, darf man schließen, daß die Ansichten in der Richtung sich bewegen:

1. auf die Zwangsversicherung, wenigstens für gewisse Berufe und auf eine Ergänzung der Zwangsversicherung der freiwilligen Versicherung;

2. auf die Ueberzeugung, daß die Wiederbeschaffung von Arbeit die vornehmste Leistung der Arbeitslosenversicherung und die Organisation des Arbeitsnachweises die Vorbedingung der Versicherung sei;

3. auf eine Organisation, die soweit als möglich die Mitwirkung der Berufsvereinigungen mit sich bringt.

II. Nur ist man noch nicht im Klaren über das Beste, dieser Versicherung zugrunde zu legende Finanzsystem, zumal die englischen Erfahrungen noch zu neu sind und in einer Zeit des wirtschaftlichen Aufschwungs begonnen haben, die zu außergewöhnlich ist, als daß man sich schon jetzt über die finanziellen Rückwirkungen auslassen könnte.

Genosse Umbricht gab dazu die Anregung, sich außerdem für die Unterstützung der gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützung als das vorderhand einzig Mögliche und Notwendige auszusprechen und Staat und Gemeinde zur Zuschußleistung an die gewerkschaftlichen Arbeitslosenkassen zu verpflichten. Diese gewiß sehr nützliche Anregung wurde aber nicht mit in die Resolution übernommen, die schließlich ohne Widerspruch angenommen wurde.

### Die internationalen Arbeiterwanderungen.

Dieser Punkt der Tagesordnung wurde wegen der fortgeschrittenen Zeit in größter Eile erledigt; eine Aussprache darüber fand nicht statt. Es wurde dazu eine vorgelegte Resolution angenommen, die die Wanderarbeiterfrage als einen Teil der Arbeitslosenfrage betrachtet und zur Beobachtung aller Arbeiterwanderungen, zur Pflege einer genauen Statistik und zur internationalen Regelung der Wanderungsfrage ein Zusammenwirken mit der Internationalen Vereinigung für geistlichen Arbeiterschutz und dem Komitee für Sozialversicherung fordert. Von diesen drei Vereinigungen solle eine Spezialkommission gebildet werden, die in der Hauptache folgende Aufgaben zu behandeln hätte: 1. die Organisation des Arbeitsnachweises, 2. die Veröffentlichungen über die Lage des Arbeitsmarktes, 3. den amtlichen Auswandererschutz im Auslande, 4. die Auskunftserteilung der Auswanderer vor ihrer Ausreise und 5. die Bearbeitung der Arbeitslosenstatistik.

Noch magerer kam die Frage der Arbeitslosenstatistik weg. Darüber wurde gar nichts gesagt, weil die Zeit fehlte. Es

wurde lediglich auf die Züricher Resolution darüber Bezug genommen, in der eine systematische periodische Zählung der Arbeitslosen und fortlaufende Aufzeichnungen über die Arbeitslosigkeit gefordert werden, um eine zutreffende Arbeitslosenstatistik gewinnen zu können.

Man darf sagen, daß die Arbeit der Konferenz keine Sisyphusarbeit gewesen ist. Sie war bestrebt, aus den bisherigen Erfahrungen und Kenntnissen über die Erscheinungen der Arbeitslosigkeit und ihrer Milderung den Extrakt zur Förderung der praktischen Arbeitslosenfürsorge zu ziehen. Im allgemeinen ist ihr das gelungen. Ob allerdings das erwartete Resultat in kurzer Zeit zu erreichen ist, das ist eine andre Frage. Eine Frage, die hauptsächlich davon abhängt, daß die Arbeiter als Staatsbürger ihrer politischen Betätigung im Reiche, in den Bundesstaaten und in den Gemeinden die notwendige Stärke und Unterstützung geben. Dazu sollte jede Gelegenheit ausgenutzt werden.

## Christliche Gewerkschaftskorruption

Dokumente zur Beurteilung der christlichen Gewerkschaftsbewegung.

In diesen Tagen ist der Öffentlichkeit eine Broschüre: Ein Wort zur Rechtfertigung. Warum bin ich nicht mehr Beamter des christlichen Textilarbeiterverbandes? Von Wilhelm Köhling, übermittelt worden, die das größte Aufsehen nach sich ziehen wird. Verfasser der Broschüre ist Wilhelm Köhling, seit 1904 Redakteur der christlichen Textilarbeiterzeitung, später Sekretär und Gauleiter des Zentralverbandes der christlichen Textilarbeiter, bis er vor wenigen Monaten sein Amt niederlegte. Differenzen, vornehmlich mit dem Vorsitzenden des Verbandes, Karl Matthias Schiffer, M. d. R. und Vorsitzender des Zentralausschusses der christlichen Gewerkschaften Deutschlands, haben ihn dazu geführt, als Beamter aus der christlichen Organisation auszutreten und diesen Schritt in der vorliegenden Broschüre zu rechtfertigen. Diese selbst kann nicht so ohne weiteres als ein Machwerk irgendeines Renegaten angesehen werden, dazu ist sie zu ruhig und zu sachlich gehalten, und auch sein bisheriges Vorgehen zeigt Köhling als einen Mann, der jahrelang danach getrachtet hat, Ordnung in die Leitung des christlichen Textilarbeiterverbandes zu bringen. Aber auch dann, wenn seine Rechtfertigungsschrift als ein Produkt der Verzerrung und der Voreingenommenheit angesehen werden sollte, so ist der sachliche und dokumentarische Inhalt der Broschüre doch ein derartiger, daß die Öffentlichkeit nicht stillschweigend an ihr vorübergehen kann.

Man merkt es der Broschüre an, daß Köhling als Wissender nur einen Teil seiner Erfahrungen in ihr niedergelegt hat, aber er genügt, um uns Einblick zu geben in den Sumpf, in dem die christlichen Gewerkschaften stecken. Die Broschüre gibt uns darüber Aufklärung, wie in den christlichen Gewerkschaften gewirkt wird, wie diese Bewegung mit einem Synismus sondergleichen sich den Kämpfen der Arbeiter hindernd in den Weg stellt, sie zeigt ferner, welche Rollen Personen in der christlichen Gewerkschaftsbewegung spielen, die das Vertrauen der Arbeiter nicht verdienen. Doch lassen wir den Inhalt der Broschüre, die wir stizzieren, selbst sprechen.

Der Verfasser schildert zunächst den Hergang seiner Verlegung und zeigt uns, wie sich Rivalitäten und Intrigen im christlichen Textilarbeiterverbande unter den Beamten breitgemacht haben. Wir wollen über diese Menschlichkeiten hinweggehen, sie bestätigen uns indes, wie sehr die christlichen Gewerkschaftsführer der sittlichen Erziehung bedürfen. Mehr aber interessieren uns die Stellen, die den Reichstagsabgeordneten Schiffer angehen. Köhling streitet ab, daß persönliche Differenzen ihn in Gegensatz zu Schiffer gebracht hätten. Die Differenzen hätten ihren Grund fast immer darin gehabt, daß sich der Zentralvorsitzende (Schiffer) um die Beschlüsse des Zentralvorstandes nicht kümmerte. In den Jahren 1906 und 1907 mußte der Zentralvorstand einen fast beständigen Kampf führen gegen die statutenwidrigen Eigenmächtigkeiten des Zentralvorsitzenden!

Später wurde es nicht besser. In einem Schreiben Schiffers an den Sekretär Fischer rät der erstere davon ab, dem Zentralvorstand sofort von der Unterschlagung eines Kassierers Mitteilung zu machen. Ja, diese Unterschlagung hinderte Schiffer nicht, gerade diesen Kassierer als Redakteur für eine beabsichtigte französische Verbandszeitung zu empfehlen. Der Brief ist interessant genug, um wiedergegeben zu werden. Er ist gleichfalls an Fischer geschrieben und lautet:

Berlin, 19. 9. 1909.

Lieber Franz!  
Einliegender Brief erhielt ich dieser Tage von J. Da sind mir doch bezüglich dieses Kollegen und seiner Fähigkeiten schwere Bedenken aufgestiegen. Schon das konfuse Zeug, dann die schmierige Sache, und endlich die Orthographie! Soll der wirklich zum Redakteur fähig sein? Mir würde es sehr leid tun, wenn Köhling, der über J. französisch sich immer abfällig äußerte, Recht behalten würde. R. wollte deswegen von J. nicht viel wissen. Ich habe J. immer verteidigt, im guten Glauben an Dein Urteil!

Jedenfalls brauchen wir gute Korrektoren. Wenn Du da nicht einen guten verantwortlich fühlenden geistlichen Herrn oder sonst einen passenden Menschen aufzutreiben kannst, dann, so glaube ich, müssen wir noch warten! Sei ja vorsichtig! Sonst geht alles schief und wir beide sind auch noch die schmerz Blamierten! Einige würden uns das sicher gönnen.

Hergliche Grüße an die dortigen Kollegen, vor allem Buschmann, sowie an Dich und die Deinen.

C. M. Schiffer.

Die konfuse Idee J.s, dessen mangelhafte Orthographie, selbst die „schmierige Sache“ (e Unterschlagung) genügen Schiffer nicht, um den Mann als Redakteur abzulehnen. Schiffer verläßt sich auf irgendeinen (selbstverständlich katholischen) Geistlichen, der dem J. als guter Korrektor und Helfer beipringt. „Nur vorsichtig sein“, meint der Zentralvorsitzende, „sonst geht alles schief und wir beide sind auch noch die schmerz Blamierten.“ Unter den „Einigen“, die sich über die eventuellen Blamagen Schiffers freuen könnten, sind nach Köhling Mitglieder des Zentralvorstandes zu verstehen.

Schiffer scheint von Redakteuren und deren Arbeiten überhaupt nicht viel zu halten. Dem Redakteur Köhling überließ er nach dessen Klarstellung die Zeitungsmakulatur zum Bearbeiten. Die aktuellen Artikel und Berichte aus den Zeitungen hingegen schnitt sich Schiffer vorher für sich selbst aus und benutzte diese „für seine Mitarbeit an der „Kölnischen Volkszeitung“ und am „Zentralblatt“, was ihm einen nicht unerheblichen Nebenverdienst brachte“.

Dann heißt es in der Schrift weiter:

Ich (Köhling) klagte dem Kassierer mein Leid, und dieser weichte mich in seine Schmerzen ein. Letztere bestanden vornehmlich darin, daß von vielen Ortsgruppen Reklamationen einliefen, weil die Beitragsmarken schlecht perforiert waren und schlecht ließen. Beschwerdte sich der Kassierer deshalb bei dem Markenlieferanten, der sich nach jeder Lieferung gleich das Geld holte, so erhielt er eine Antwort, die mehr wie Honig als nach der Bereitwilligkeit zur Abhilfe klang. Schon hatte der Kassierer eine hohe Schachtel voll unbrauchbarer Marken angeammelt. Dabei kosteten bei diesem Markenlieferanten 500 000 Beitragsmarken 270 Mk., die andre, wie uns bekannt war, in tabelloser Ausführung für 230 bis 240 Mk. liefern wollten; aber ändern konnten wir die Dinge nicht! Da trat ein Ereignis ein, welches uns mit einem Schlag von dem Agenten und seinen schlechten Beitragsmarken befreite, dem Kassierer dafür aber neue, viel schlimmere Sorgen brachte, Sorgen, die ihn fast zur Verzweiflung getrieben hätten. Vom Zentralvorstand war die Anschaffung eines Geldschrankes beschlossen worden. Mit der Lieferung betraute der Verbandsvorsitzende den erwähnten Markenlieferanten. Der Schrank wurde von einer Duisburger Geldschrankfabrik gestellt. Der Kassierer und ich standen dabei, als der Fabrikant den Schrank montierte. Nur einen Mangel empfanden wir an ihm, daß er nur ein Paar Schlüssel hatte. Wir fragten den Fabrikanten: Aber was dann, wenn man die Schlüssel verkehrtlich auf dem inneren Tresor stecken läßt und die Tür zuschnappt? Und der Fabrikant antwortete uns: „Dann müssen Sie an die Fabrik schreiben.“

Ein halbes Jahr später! Der Kassierer rennt wie ein Besessener durch die Bureauräume und schreit: „Ich werde bestohlen, ich werde bestohlen!“ Offenen Mundes glocke ich ihn an und denke zunächst: der ist plötzlich wahnsinnig geworden. Aber schnell ist die Situation aufgeklärt. Staudend vernehme ich, daß unser für absolut diebstahlsicher gehaltenes Geldschränkchen nicht sicher ist, daß — und stets während der Mittagspause — Geld daraus entwendet wird. Einmal verschwand der Betrag von 128 Mk., dann 70 Mk., dann 198 Mk., dann 50 Mk., dann 100 Mk. in Gold und 2 Mk. in Silber.

Diese Diebstähle wurden im 2. Quartal 1906 begangen. Vom 1. Quartal 1906 hatte der Kassierer dem Vorsitzenden bereits ein Ranko von 108 Mk. gemeldet, welches letzterer in den Büchern „stimmig“ gemacht hatte, ohne davon dem Zentralvorstande Mitteilung zu machen. An der Entdeckung des Diebes waren wir alle gleich interessiert, denn in Verdacht kam doch jeder, der zum Bureau Zutritt hatte. Wir beschloßen, während der Mittagspause abwechselnd auf dem Bureau Wache zu halten. Der Kassierer übergab dem ebenfalls auf dem Bureau tätigen Kollegen Koch einen Kassenschlüssel, so daß der eine Kollege nur im Beisein des andern den Schrank öffnen konnte. Jeden Mittag wurde der Kassenbestand genau festgestellt, und nach der Mittagspause wieder geprüft. Nach etwa acht Tagen, Samstags mittags, fehlten dann wieder 40 Mk. in Gold und 1 Mk. in Silber. Aber kein Dieb wurde erwischt. Inzwischen hatte der Vorsitzende keine Englandreise angetreten. Darüber waren wir uns klar: es mußte trotz der gegenteiligen Erklärung des Fabrikanten ein zweites Paar Schlüssel in Düsseldorf existieren, denn die komplizierten Feder Schlüssel mit Nachschlüssel zu öffnen, war einfach undenkbar. Der Kassierer telephonierte an die Fabrik und erhielt den Bescheid: „Es sind zwei Paar Schlüssel da, das zweite Paar hat der Vorsitzende.“ Darauf fuhr der Kassierer nach Duisburg und der Fabrikant erklärte ihm: „Ich habe das zweite Paar Schlüssel auf dessen Wunsch dem Vorsitzenden gegeben, und wenn ich mich recht entsinne, hat er zu mir gesagt: Sagen



## Massen und Führer im Gewerkschaftsleben.

I.  
Ueber dieses Thema sprach kürzlich im Leipziger Gewerkschaftskartell Genosse Boldt-Berlin. Seine Ausführungen fanden sehr großes Interesse, und besonders fiel es auf, daß sich der Referent mit den Details der Gewerkschaftsbewegung sehr vertraut gemacht hatte. In der „Leipziger Volkszeitung“ behandelt nun der Referent das Thema in nachstehender Weise:

Der leitende Gesichtspunkt meines Vortrages war, mich polemisch gegen diejenigen Kritiker der Gewerkschaftsbewegung zu wenden, die mit unzulänglichen Kenntnissen der Gewerkschaftsarbeit ausgerüstet sind. Wenn man behauptet, daß in der Gewerkschaftsbewegung die Masse immer mehr wichtige Entscheidungsrechte verliert, daß das Recht der Demokratie nicht gewahrt wird, daß im Interesse der Bewegung die Masse über den „draußen“ Führer hinwegzureden müsse, dann ist der Beweis für solche Behauptungen zu erbringen. An den Tatsachen der wirklichen Gewerkschaftspraxis hat man das dann darzustellen. Deshalb sollten meine Ausführungen im Gewerkschaftskartell den Versuch machen, zu zeigen, wie ergiebig, wie fruchtbar und lehrreich eine Auseinandersetzung mit dem „Massen- und Führerproblem“ werden kann, wenn wir die Wesenheit der modernen Gewerkschaftsarbeit zu analysieren versuchen, wenn wir einmal in ruhiger Stunde uns zurückerrinnern, wie die Gewerkschaftsarbeit sich historisch entwickelt hat aus den Kampfnotwendigkeiten mit den Gegnern, mit den Unternehmern.

Einfach lag das Verhältnis in der Zwergform des Gewerkschaftskampfes, beim Krieg einer lokal abgegrenzten Arbeiterschaft mit einer ebenso isolierten Unternehmerrunde. Das sind die Zeiten des gewerkschaftlichen Guerillakampfes gewesen. Die Auseinandersetzung beschränkte sich nur auf ein enges Gebiet, das Feld war leicht übersehbar, Opfer und Erfolge des Kampfes wurden von der Arbeitergruppe, die loskämpfte, selbst getragen und errungen.

Diese Kampfsmöglichkeit gehört heute der Vergangenheit an. Unaufhaltsam hat sich eine Konzentration und damit eine Zentralisation der Kräfte vollzogen. Zunächst im Unternehmerrunde. Wir haben es notwendig, und sehr eingehend mit der rapiden Entwicklung der Unternehmerverbände und mit den Fortschritten ihrer inneren Organisation vertraut zu machen. Mit dieser Konzentration haben wir in der Gewerkschaft Schritt halten müssen, das Zentralisationsprinzip ist uns aufgezwungen worden.

Deshalb steht heute bei einer jeden wichtigen Auseinandersetzung sofort die Machtfrage zwischen beiden und drückt, zwischen den vereinigten Gewerkschaften und der vereinigten Unternehmerrunde, zur Entscheidung.

Immer mehr steht heute also auf dem Spiel, und wie sich bei jedem Uebergang vom ungeordneten Einzelkampf zum organisierten Massenkampf eine Kriegskunst und Kriegswissenschaft herausbildet, so haben wir auch im Wirtschaftskampf eine Gewerkschaftsstrategie erhalten.

Ebenso haben die Gewerkschaften nicht verhindern können, daß mehr und mehr die wichtigen Entscheidungen aus dem Tageslicht der Öffentlichkeit in das stille Beratungszimmer gelegt wurden. Auch der Unternehmertyp hat sich gewandelt. Der Herrenmensch vom Schlage des alten Krupp, der nicht mit den Arbeitern verhandeln will, verschwindet doch mehr und mehr, der moderne Typ ist der Herr Generaldirektor, für den die Frage der Verhandlungsfähigkeit und Notwendigkeit nicht mehr eine persönliche Angelegenheit, sondern ein Geschäftsstandpunkt ist. Wenn auch in äußerlich konzentrierten Umgangsformen, so stehen sich doch beide Unterhändler als Feinde gegenüber; mit nüchternem Willensentsatz und kluger Ueberlegung sind die Chancen im eigenen und gegnerischen Lager zu erkennen und in Rechnung zu stellen. Gewerkschaftsstatistik ist im letzten Grunde weiter nichts als die Kunst, mit den Mitteln des legalen Gewerkschaftskampfes im günstigsten Moment den Gegner am empfindlichsten zu fassen.

Und da sind es vor allem drei Punkte, die bei dem Verhandeln mit den Unternehmern eine Rolle spielen:

1. Es ist der günstigste Zeitpunkt für das Ausschlagen einer Bewegung auszusuchen.
2. Eine genaue Kenntnis der Stärke im eigenen und gegnerischen Lager ist notwendig.
3. Es ist Klarheit darüber zu schaffen, ob alle Vorbedingungen vorhanden sind, den Betrieb an der „empfindlichsten Stelle“ zu treffen und lahmzulegen.

Wenn wir unter diesen Gesichtspunkten die Hauptbedingungen einer erfolgreichen Gewerkschaftsstrategie charakterisieren, so zeigt es sich, daß im Unternehmerrunde diese Probleme leichter und gründlicher gelöst werden konnten wie in der Gewerkschaft.

Zunächst das Erkennen des günstigsten Zeitpunktes für das Ausschlagen einer Bewegung. Die Wirtschaftskontunktur ist zu übersehen. Dafür hat das Unternehmertum eine wunderbare Fachpresse. Hier werden die Wirtschaftspragen eingehend erörtert und über die Wirtschaftslage wird sorgfältig registriert. Ferner arbeiten im Unternehmerrunde meist wissenschaftlich geschulte Geschäftsführer, Syndikalisten. Auch das ist eine neue Erscheinung: mit dem Recht der „Herren im eigenen Hause“ steht es für den Einzelunternehmer dem Unternehmerverband gegenüber jetzt herzlich schlecht. Im Archiv des Unternehmerverbandes läuft das Orientierungsmaterial ein und von hier aus geht auch der stärkste Einfluß zur Entscheidung wichtiger Aktionen den Gewerkschaften gegenüber.

Und nicht nur im Unternehmerrunde sucht man sich gegenseitig genau über die Wirtschaftslage und Wirtschaftskontunktur zu informieren, sondern auch im Betriebe, im Einzelunternehmen selbst, werden in den Archiven über Geschäftsergebnisse, Wirtschaftslage usw. genaue Situationsberichte ausgearbeitet.

Für die Gewerkschaften bestehen nun große Schwierigkeiten, in gleichem Umfange und in gleicher Vollkommenheit derartige Orientierungsmittel anzuwenden. Interessant ist es, die Bestrebungen der Hauptverbände nach Schaffung von Beobachtungszentralen zu verfolgen. In einem hübschen Beispiel hat Genosse Krähig vom Textilarbeiterverband die Notwendigkeit einer solchen Beobachtungsstelle in der Neuen Zeit dargelegt. Stehen dem Unternehmer dafür reiche finanzielle Mittel und die tüchtigsten Beamten zur Verfügung, so hat die Gewerkschaft auf ihren Generalversammlungen um die Notwendigkeit solcher Institute erst zu kämpfen. Die finanziellen Mittel dafür können nur bescheiden sein und die Personenfragen sind dabei schwer genug zu lösen.

Der zweite Punkt, über den Klarheit vorhanden sein muß, ist die Kenntnis der Stärkeverhältnisse und der Kräfte. Der Leiter der Unternehmerrundeorganisation muß die Vorgänge in der Gewerkschaftsbewegung verfolgen, der Gewerkschaftsführer muß genau darüber unterrichtet sein, was im Unternehmerrunde vorgeht. Welt mehr als im Unternehmerrunde vollzieht sich das Organisationsleben der Gewerkschaft in der Öffentlichkeit. Der Unternehmerverband ist eine Vertretung kapitalistischer Interessen. Die ganze Eigenheit der Ziele dieser Organisation läßt es zu, daß ihre Pläne und tatsächlichen Maßnahmen unter Ausschluß der Öffentlichkeit beraten werden können.

Andererseits die Gewerkschaft. Sie ist eine Organisation von Menschen, die zur Vertretung gemeinsamer Interessen zusammengeführt werden müssen. Nur durch die Mitarbeit der Masse am Gewerkschaftsleben kann die Organisation ihre Macht entfalten. Gewerkschaftsarbeit heißt Erziehungsarbeit, und die muß zum großen Teil öffentlich im Versammlungssaal und in der Zeitung geleistet werden. Es ist also leichter, sich über das Organisationsleben der Gewerkschaft zu orientieren wie über die Strömungen und Unterströmungen im Unternehmerrunde.

Der dritte Punkt ist mehr eine betriebstechnische Frage: wie der Betrieb lahmzulegen ist. Zwischen dem Betriebsingenieur und dem Gewerkschaftsmann wird ein Kampf geführt. Der Betriebsingenieur sucht als Arbeitsorganisator den Arbeitsprozeß konstruktiv und arbeitsorganisatorisch zu durchzuführen, daß nicht nur billig, sondern auch betriebsförmig produziert werden kann. Auf allen Zweigen der industriellen Technik läßt sich das Bestreben erkennen: der Betrieb soll gesteuert werden gegen die Streikgefahr. Der Gewerkschaftsmann steht also vor der industriellen Festsitzung, die ihre Wälle und Verschanzungen hat. Er muß die Struktur des Betriebes genau studieren, muß die Eigenheiten des Produktionsprozesses beherrschen, um die Möglichkeit zu finden, durch das Herausgreifen der Arbeitergruppe, die als zuverlässige Kämpfer hinter der Organisation steht und vom Unternehmer nicht ohne weiteres ausgemeißelt werden kann, den Betrieb lahmzulegen. Der Ingenieur, der den Produktionsprozeß immer wieder neu aufbaut, verändert, umformt, hat also den Gewerkschaftsmann zum Gegner, der mit technischem und betriebsorganisatorischem geschultem Blick den Veränderungen der Produktionsformen nachzuspüren hat.

Für den modernen Gewerkschaftskampf ist also heute ein Maß von Wissen und Kenntnissen notwendig, wie es früher nicht gebraucht wurde.

## Die Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen im Jahre 1912.

I.  
Die wirtschaftliche Konjunktur im Jahre 1912 war den auf die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen gerichteten Bestrebungen der Arbeiterschaft nicht so günstig als die des Jahres 1911. Die langwierigen Balkankrisen und die damit verbundene hohe Spannung der politischen Lage und des Geldmarktes übten ihre ungünstige Wirkung auch auf das Erwerbsleben Deutschlands aus. In einer großen Anzahl wichtiger Industrien flaute der Geschäftsgang erheblich ab, der Grad der Arbeitslosigkeit verschärfte sich und ein stärkeres Angebot von Arbeitskräften machte sich auf dem Arbeitsmarkt bemerkbar. Vergleicht man die Ergebnisse der Statistik der Zentralverbände über die Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen im Jahre 1912 mit den Zahlen der vorjährigen Statistik, so will es scheinen, als wenn die ungünstigere wirtschaftliche Lage von keinem Einfluß auf die Zahl und den Umfang der wirtschaftlichen Bewegungen der Arbeiterschaft war. Es ist vielmehr zahlenmäßig eine Vermehrung der Bewegungen wie auch der daran beteiligten Personen zu konstatieren. Es fanden statt insgesamt 9961 Bewegungen ohne und mit Arbeitsbeeinträchtigung, an denen zusammen 1 254 858 Personen beteiligt waren. Für 1911 wurden 9070 Bewegungen mit 1 011 689 Beteiligten gezählt, so daß das Jahr 1912 ein Mehr von 291 Bewegungen und 242 689 Personen aufweist. Bei diesem Zahlenverhältnis muß jedoch berücksichtigt werden, daß im Frühjahr 1912 der große Bergarbeiterstreik ausbrach, an dem vom Bergarbeiterverband allein 237 732 Personen beteiligt waren. Sieht man von diesem Kampf als eine Ausnahmeerscheinung ab in dem Sinne, daß eine solche erhebliche Teilnahme von Personen eines Berufs an den wirtschaftlichen Kämpfen sich nicht alljährlich wiederholt, so ist die verbleibende Zahl der Beteiligten der des Jahres 1911 annähernd gleich. Auf die Zahl der stattgefundenen Bewegungen läßt dagegen der Bergarbeiterverband insofern keinen Einfluß aus, als der Verband den Kampf, obwohl er sich auf 280 Orte erstreckte, nur als vier Fälle zählt, und zwar nach den hauptsächlich davon betroffenen vier Landesstellen.

Von den 9961 Bewegungen des Jahres 1912 verließen 7136 = 71,6 Proz. (1911: 69,9 Proz.) mit 774 769 Beteiligten = 61,8 Proz. (1911: 67,9 Proz.) ohne Arbeitsbeeinträchtigung. In 2825 Fällen kam es zu Kämpfen, an denen 479 539 Personen durch Arbeitsbeeinträchtigung beteiligt waren. Der Anteil der friedlich verlaufenen Bewegungen an der Gesamtzahl ist gegen 1911 um 1,7 Proz. gestiegen. Seit dem Jahre 1905, in dem zum erstenmal die Erhebungen auch auf die Bewegungen ohne Arbeitsbeeinträchtigung ausgedehnt wurden, hat sich der Anteil dieser Bewegungen an den Gesamtzahlen ständig gesteigert.

1905 verließen 56,1 Proz. aller Bewegungen ohne Arbeitsbeeinträchtigung; bis 1912 erhöhte sich dieser Satz um 15,5 Proz. In diesem Verhältnis drückt sich nicht allein die wachsende Macht der Gewerkschaften aus, sondern es legt auch Zeugnis davon ab, daß es den Arbeitern nicht in erster Linie auf die Führung von Streiks ankommt, wie die Scharfmacher fortwährend behaupten, um Stimmung für eine Erdrosselung des Koalitionsrechts zu machen, sondern auf die notwendige Verbesserung ihrer Lebenslage. Erst dann greifen die Arbeiter zu dem Mittel des Streiks, wenn eine freibleibige Verständigung über Differenzen bei Befestigung der Lohn- und Arbeitsbedingungen an dem Starrsinn des Unternehmers scheitert.

Die Bewegungen ohne und mit Arbeitsbeeinträchtigung verursachten eine Gesamtsumme von 11 739 749 Wk. Die Kosten stiegen hinter denen des Jahres 1911, in dem sie 16 272 313 Wk. ausmachten, um 4 538 564 Wk. zurück.

Von den Bewegungen ohne Arbeitsbeeinträchtigung wurden 6304 unternommen, um Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen herbeizuführen. An diesen Bewegungen nahmen 786 407 Personen teil. 882 Bewegungen mit 85 862 Beteiligten wurden dagegen durch das Bestreben der Unternehmer, die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern, hervorgerufen. 1911 erfolgten 5688 Angriffsbewegungen mit 662 425 Beteiligten und 888 Abwehrbewegungen mit 23 991 Beteiligten. Die Zahl der Angriffsbewegungen ist gegenüber dem Jahre 1911 um 436 und die der Beteiligten um 73 982 gestiegen. Abwehrbewegungen haben zwar 56 weniger stattgefunden, indes hat sich die Zahl der daran beteiligten Personen um 14 371 vermehrt.

Der Erfolg der Angriffsbewegungen entspricht annähernd dem im Jahre 1911 erreichten. Sie waren in 4842 Fällen = 73,8 Proz. (1911: 76,9 Proz.) mit 511 232 Beteiligten = 60,4 Proz. (1911: 67,3 Proz.) erfolgreich und in 1512 Fällen = 24 Proz. (1911: 20,1

## Kasernenleben.

„Wer, wie ich, 37 Jahre unter der Subordination gekniet hat, wo man jedem Leichschädel mit blindem Gehorsam unterworfen ist, weiß ein Lied davon zu singen.“  
Fritz v. Meder,  
fr. bayr. Generalmajor.

### Rekruten!

In einigen Tagen verläßt ihr euren bisherigen Wirkungskreis, um hinter Kasernenmauern die Erfahrung zu machen, daß es einen eigenen Willen für euch nicht mehr gibt. Ihr werdet Maschinen. Ihr müßt jeden Befehl, und sei er noch so widersinnig, ohne weiteres ausführen, wenn ihr nicht riskieren wollt, mit den vorstuflichen Bestimmungen des Militärstrafgesetzbuches in Konflikt zu kommen. Der Zwang, auch den schändlichsten Befehl auszuführen zu müssen, stellt hohe Anforderungen an die Ruhe eines Menschen. Bald werdet ihr auch merken, daß es im „bunten Rod“ zweierlei Recht gibt. Sagte doch selbst der Kriegsminister v. Seezingen im Reichstage 1911: „Keine Armee, die auf Disziplin hält, kann darauf eingehen, daß vom Kriegsgericht Vorgesetzte und Untergebene gleich behandelt werden.“ Das „zweierlei Recht“ wird durch folgende zwei Paragraphen des Militärstrafgesetzbuches deutlich illustriert:

Nach § 97 wird der Soldat, der sich an einem Vorgesetzten tötlich vergreift oder einen tätlichen Angriff gegen ihn unternimmt, mit Freiheitsstrafe nicht unter drei Jahren bestraft; wird der Angriff vor versammelter Mannschaft oder sonst im Dienst unternommen, dann mit Freiheitsstrafe nicht unter fünf Jahren.

Wenn dagegen ein Vorgesetzter einen Untergebenen vorfänglich schlägt, stößt oder auf andere Weise mißhandelt, der wird nach § 122 nur bis zu drei Jahren bestraft.

Also beim Soldaten nicht unter drei und fünf Jahren, beim Vorgesetzten bis zu drei Jahren. Weiter kann beim Vorgesetzten in minder schweren Fällen die Strafe bis auf eine Woche Arrest ermäßigt werden, beim Soldaten dagegen muß auch in minder schweren Fällen die Strafe nicht unter einem Jahre betragen.

Aus den oben angeführten Strafbestimmungen des § 97 geht hervor, daß gegenüber den Vorgesetzten Leider die Notwehr nicht gestattet ist. Um so mehr muß der

Soldat jede ihm erwiesene ungerechte Behandlung melden, das heißt, den Beschwerdebeweg betreten. Die Bestimmungen darüber lauten wie folgt:

§ 1. Jedem Soldaten, der glaubt, daß ihm durch unrichtige Behandlung, durch Vorenthaltung von Gehältern oder aus einem andern Grunde von Vorgesetzten oder Kameraden Unrecht zugefügt sei, ist es gestattet, sich zu beschweren.

§ 2. Jede Beschwerde ist dem Kompaniechef oder seinem Stellvertreter unmittelbar und mündlich vorzutragen.

§ 3. Der Soldat darf seine Beschwerde nicht sofort, sondern erst am folgenden Tage anbringen. Nüchtern sich die Beschwerde gegen eine Disziplinarstrafe, so darf sich der Beklagte erst nach der Verkündung der Strafe beschweren. Jede Beschwerde muß innerhalb fünf Tagen angebracht sein.

§ 4. Mehrere Personen sollen zusammen keine Beschwerde anbringen, sondern jeder für sich allein.

§ 5. Letztfristige oder wider besseres Wissen auf unwahre Beschauptungen gestützte Beschwerden werden streng bestraft.

§ 6. Die Anrufung höherer Entscheidung innerhalb fünf Tagen ist statthaft.

Wird der Soldat von einem Vorgesetzten mit Androhung nachteiliger Folgen oder durch andere widerrechtliche Mittel von dem Führen oder Verfolgen der Beschwerde abgehalten, so kann der Vorgesetzte mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren bestraft und zugleich auf Dienstentlassung erkannt werden. (§ 117 W.-Str.-G.)

Die Parole: *M e i d e t d e n S c h a p s!* muß auch hinter den Kasernenmauern von jedem organisierten Arbeiter befolgt werden, um so mehr, da bei allen strafbaren Handlungen die selbstverschuldete Trunkenheit des Soldaten keinen Strafmilderungsgrund abgibt.

Wer sich von seiner Truppe eigenmächtig entfernt, wird wegen unerlaubter Entfernung bis zu sechs Monaten bestraft. Dauert durch Verschulden des Abwesenden die Abwesenheit länger als sieben Tage, so tritt Gefängnis bis zu zwei Jahren ein.

Wer sich einer unerlaubten Entfernung schuldig macht, in der Absicht, sich dauernd dem Dienst zu entziehen, wird wegen *F a h n e n f l u c h t* (Desertion) mit Gefängnis von sechs Monaten bis zu zwei Jahren, im ersten Rückfalle mit Gefängnis von einem Jahre bis zu fünf Jahren, im wiederholten Rückfalle mit Zuchthaus von fünf bis zu zehn Jahren bestraft. Der Versuch zur Desertion ist strafbar.

Geradezu als Erbärmlichkeit muß es bezeichnet werden, wenn alte Leute die Rekruten mißhandeln. Jeder sozialdemokratische Soldat ist verpflichtet, sich selbst jeder Art von Mißhandlung oder Ehrverletzung gegen Kameraden oder Untergebene sorgfältig zu enthalten, andererseits aber auch zur Verhinderung oder Abwendung aller gegen Kameraden gerichteten Gewalttätigkeiten jede gesetzlich zulässige Beihilfe zu leisten.

Am ärgsten und empörendsten ist es, wenn die Schindereien von den Soldaten unter sich begangen werden, von den älteren Mannschaften an den neu eingetretenen Kameraden. Wie viel schmerzlicher muß ein Soldat sein oder gemacht worden sein, wenn er sich an einem Leidensgefährten vergreift, nicht etwa im Streite, sondern ohne jeden Anlaß und nur aus der Begierde heraus, einen andern zu quälen, weil er selbst im Rekrutenjahre gequält worden ist. Es ist eine außerordentlich bedeutsame Tatsache, daß in allen Regimentern, die sich zum Teil aus der Industrie rekrutieren, die Ausschreitungen der älteren gegen die jüngeren Mannschaften ganz oder doch fast ganz verschwunden sind. Hier ist der eminente erzieherische Einfluß der Arbeiterbewegung deutlich erkennbar. Das solidarische Bewußtsein ist gewacht. Jeder achtet im Kameraden den Menschen. Der aufgeklärte Soldat läßt sich von anderen nichts gefallen, beteiligt sich aber auch selber nicht an den würdelosen und gemeinen Ausschreitungen gegenüber den Rekruten.

Wir anderen, die „schon dabei“ waren, werden außerhalb der Kasernenmauer auf alle Art und Weise versuchen, den Arbeitsbrüdern im bunten Rod Erleichterung zu verschaffen, sei es in bezug auf die Behandlung, wie auf die Höhe der Strafen. Die Abänderung des Exzuberanten gegen die Reservisten ist ein Beweis dafür, was die Sozialdemokratie für das Militär zu leisten imstande ist.

Die sozialdemokratischen Ideale werden von einem Vorgesetzten oft durch Redensarten besudelt werden. Ihr könnt euch dagegen nicht wehren, aber innerlich geloben, nach der Militärzeit erst recht für unsere Ideale einzutreten. Laßt euch nicht wie die Hunde behandeln und macht nicht einander gegenseitig den Dienst schwer. Die Parole lautet: *Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern! In keiner Not uns trennen und Gefahr!*



den Druck des Handelskapitals von den angeschlossenen Mitglie-

In den letzten Gewerkschafts- und Genossenschaftskreisen ist...

Mit dieser Ausschaltung des privaten Handelskapitals sind die...

August Bebel als Sozialpolitiker.

Von Dr. Heinrich Braun.

Das Verdienst, das Bebel mit der Schrift über die Lage der...

Reich noch zugleich auf das Erreichbare gerichteten sozialpolitischen...

Auf diesem Wege gab es für Bebel niemals ein Schwanken...

Bebel's Verdienste um die Weiterentwicklung des Arbeiterschutzes...

Die Bebel für alles, was ihm am Herzen lag, unermüdet sich...

Der Pariser Internationale Arbeiterkongress von 1889 hatte eine...

Korrespondenzen.

Berlin. Die Arbeitslosigkeit hat hier einen Umfang angenommen...

Erstein. Am Sonntag, den 21. September, fand in Erstein eine...

Ferner wurde beschlossen, die traurigen Arbeitsverhältnisse, die er-

Halle (Saale). Am 16. September fand hier unsere Monats-

Hamburg. Gemeinsame Versammlung der Zahlstellen I und II...

Jena. Am 14. September, vormittags 10 Uhr, eröffnete Be-

Königsberg. Am Dienstag, den 9. September, tagte unsere...

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß von der zur Inter-

Arbeiter, beteiligt auch an den Krankenkassenwahlen!

Der Aufmarsch der Arbeiter zu den gegenwärtig statt-

Im Jahre 1911 waren in Deutschland 12 619 048 Arbeiter...

Es kann keinem Versicherten gleichgültig sein, welche...

